



WIR! Stiftung Pflegender Angehöriger Statement zur Petitionsübergabe am 19.05.2021 Petitionsausschuss Berlin

Kranken- und Pflegekassen sind Versicherungsunternehmen, bei denen wir Bürger jeden Alters gesetzlich oder privat versichert sein müssen.

Wie bei jeder Versicherung gibt es einen Vertrag und eine Leistungsbeschreibung.

Wenn die Leistungen nicht so sind wie wir sie uns vorstellen, dann möchten wir uns beschweren können.

Wir denken, weil es doch um unsere Gesundheit und um unser Wohlergehen geht, es gäbe eine staatlich vorgesehene Stelle, die darauf achten würde, dass wir das bekommen was wir brauchen.

Wir denken, die Kranken- und Pflegekassen würden uns Hilfsmittel zur Verfügung stellen damit wir die Möglichkeit haben am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Wir denken, Deutschland hat doch die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert, also werden uns diese Hilfsmittel gestellt.

Wir denken weiter, es muss eine Struktur verfasst sein, an die wir uns wenden können wenn wir das Gefühl haben dass unsere Pflegebedürftigen nicht die Hilfsmittel erhalten, auf die sie angewiesen sind.

Wir stellen dann fest, dass es da keine Stelle gibt, dass wir als Mitglieder einer Versicherung gesehen werden und dass wir gefühlt rechtlos sind.

Wir beschweren uns.

Wir bekommen erklärende Sachbearbeiterantworten.
Aber wir haben wenig Chancen verstanden zu werden.

Wir gehen vor Gericht.

Nicht selten beginnt ein "Gutachter hin und her" in Form von: Gutachten-Gegengutachten usw.

Das kostet Zeit, Geld und Kraft, die wir doch eigentlich für unsere Pflegebedürftigen und uns selbst brauchen.



Wir denken: Dann wenden wir uns an unsere Politiker.
Wir bekommen Antworten - nicht immer, aber oft.
Da werden wir auf Gesetzestexte und Ausführungsbestimmungen verwiesen.

Dann denken wir: Wir wenden uns an die Medien.
Sie werden doch etwas bewirken können bei der Politik und bei den
Leistungsträgern.
Wir stellen fest: Es tut sich nichts.

Im Gespräch mit Nachbarn, Arbeitskollegen und im Freundeskreis fällt uns auf,
dass es viele Anderen genauso geht.
Wir vernetzen uns in den sozialen Medien, wir beschließen Petitionen zu
stellen und denken uns alle möglichen Aktionen aus.

Warum schildere ich das? Weil wir Bürger uns oft so hilflos und irgendwie
rechtlos vor einer Wand von politisch bevollmächtigten Versicherungs-
Strukturen sehen.
Sie verwalten unsere Gelder und erklären uns, was uns aus
versicherungsökonomischer Sicht zusteht und was nicht.

Wir aber sehen unseren Bedarf.
Wir sehen auf dem Papier:
Der Patient steht im Mittelpunkt und bekommt das, was er benötigt

Wer entscheidet was wir benötigen?
Experten, die nach Aktenlage entscheiden?
Warum fragt **uns** niemand, wie unser Alltag aussieht und was wir für den
Alltag benötigen?

Das zur Verfügung stehende Geld muss doch den Betroffenen, die
Unterstützung brauchen, zu Gute kommen.
Jeder Fall ist anders. Jeder Bedarf ist anders.

Wenn, wie bei Korbinian, ein Kind nicht die optimal auf ihn angepasste
Förderung bekommt, dann kann es doch durchaus sein, dass die Folgekosten
höher sind als wenn man von Anfang an auf seine individuellen Bedarfe
eingegangen wäre.

Wie viel besser wäre es, wenn Eltern und Familien ihr Kind oder ihre
pflegebedürftigen Angehörigen mit weniger Stress begleiten könnten?
Wie viel besser wäre es, wenn weniger Prozesskosten finanziert und weniger
Petitionen gestellt werden müssten?



So wie es ist, darf es nicht bleiben.

Wir erwarten von unseren Politikern, dass sie sich in erster Linie für uns und unsere Bedarfe einsetzen.

Wir erwarten, dass sie uns verteidigen vor wirtschaftlichen Interessen, die nicht vordringlich an unserem ganzheitlichen Wohl, sondern mehr an der Einhaltung von starren Regelungen und Vorschriften und ökonomischen Aspekten orientiert sind.

Natürlich muss wirtschaftlich gedacht und gehandelt werden.

Es darf aber nicht undifferenziert an Windeln und Rollstühlen, an Therapien und Hilfsmitteln gespart werden.

Wir erwarten individuelle, passgenaue, unbürokratische und zeitnahe Versorgung mit den Hilfsmitteln und Therapien, die uns optimale Voraussetzungen schaffen für ein inklusives Leben in unserer Gesellschaft. Wir erwarten eine Reform, die uns diese Möglichkeiten nicht nur auf dem Papier bietet, sondern auch in unserem Lebensalltag.

Könnte der MDK nicht beispielsweise Mittlerfunktionen einnehmen zwischen Versicherten und Kassen, damit Prozesse vor Sozialgerichten vermieden werden könnten?

Würden nicht vielleicht 6 Sozialgesetzbücher ausreichen und könnte nicht die starre Versäulung unseres Sozialsystems aufgebrochen werden?

Es findet ein Generationenwechsel statt. Wir Bürger, wir Versicherten möchten gefragt und mit einbezogen werden in Entscheidungen, die unsere pflegebedürftigen Angehörigen betreffen.

Wir brauchen einen bedarfsorientierten Rechtsrahmen.

Wir erwarten von der Politik, dass sie sich die in erster Linie uns Bürgern verpflichtet sieht.

Das erwarten wir und ich bin voller Zuversicht, dass Sie dieses Anliegen verstehen.

Brigitte Bührlen
Vorsitzende

München, 19.05.2021